

Politischer Jahresbericht

Äthiopien 2006/2007



Addis Abeba

Länderbüro Äthiopien, Juli 2006-Juli 2007

Christian Peters-Berries

Büro Addis Abeba,
off Bole Medhanelum Road, P.O.Box 1374, code 1250
Addis Abeba
T +251-11-6518918
F +251-11-6185488
Email: info@hbf.addis.org

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Außen- und Regionalpolitik	2
2. Innenpolitik	4
3. Wirtschafts- und Sozialpolitik	6
4. Zivilgesellschaft und Rechtsstaat	8
5. Umwelt- und Energiepolitik	9
6. Afrikanische Union (AU)	11
Ausblick.....	12

Zusammenfassung

Die regionalpolitische Situation am Horn von Afrika verschärfte sich infolge der äthiopischen Intervention in Somalia und des ungelösten Grenzkonfliktes zwischen Äthiopien und Eritrea. In Somalia ist es bislang nicht gelungen, einen dauerhaften Frieden herbeizuführen. Im Streit mit Eritrea spitzt sich die Lage weiter zu, da Äthiopien nicht willens ist, das Verdikt der Internationalen Grenzkommission im Detail anzuerkennen.

Innenpolitisch gelang es der Regierung von Meles Zenawi, ihre nach den Wahlen 2005 angeschlagene Position wieder zu festigen. Ein Indiz dafür ist die Ankündigung, die mehrfach verschobenen Lokalwahlen Ende 2007 abhalten zu wollen. Die Opposition ist in sich befehdende Einzelteile zerfallen. Die Zivilgesellschaft hat sich bis auf wenige Ausnahmen aus der politischen Arbeit zurückgezogen, behindert von zunehmenden Kontrollen und Einschüchterungen.

Äthiopien erlebt einen seit drei Jahren anhaltenden Wirtschaftsboom, der unterstützt wird von guten Ernten aufgrund ausreichender Regenfälle, hohen ausländischen Investitionen, substantiellem Schuldenerlass und weiterhin hohen Entwicklungshilfezuflüssen. Dennoch ist die Stimmung vor allem in der urbanen Bevölkerung schlecht; bei steigenden Preisen sind positive Resultate des wirtschaftlichen Wachstums für viele Menschen noch nicht zu fühlen.

Die Dominanz des politischen Patronage-Apparats unterhöhlt den Rechtsstaat. Fehlende Rechtssicherheit aufgrund von mangelnden Kapazitäten tut ein Übriges. Der Schuldspruch gegen die 38 seit November 2005 einsitzenden Oppositionspolitiker wird daher als Willkürurteil wahrgenommen.

Äthiopien wurde in der zweiten Hälfte 2006 von verheerenden Überschwemmungen und Fluten heimgesucht. Diese beleuchten schlaglichtartig die besorgniserregende Umweltsituation im Land. Das rapide Bevölkerungswachstum und fehlendes Umweltbewusstsein sind die Hauptverursacher.

Der afrikanische Integrationsfortschritt im Rahmen der Afrikanischen Union hat nur geringe Fortschritte gemacht. Zwar wurden wichtige Vereinbarungen vorbereitet, diese müssen aber national noch ratifiziert werden, ehe sie umgesetzt werden können.

1. Außen- und Regionalpolitik

Somalia

Nach Jahren der relativen Ruhe am Horn von Afrika vollzogen sich im Berichtszeitraum grundlegende Veränderungen. Im Juni 2006 eroberten die ‚United Islamic Courts‘ (UIC) die Macht in Mogadischu und im südlichen Teil Somalias. Sie vertrieben die zuletzt – zynischerweise – von den USA unterstützten ‚warlords‘ und sorgten erstmals seit mehr als 15 Jahren wieder für eine gewisse Stabilität und Sicherheit in Mogadischu. Dafür wurden die UIC von den einflussreichen ‚Basaris‘ (wohlhabenden Händlern), aber zunehmend auch von der Bevölkerung unterstützt, obwohl sie eine rigorose islamische Rechtsprechung anwendeten. Letztere führte unter anderem dazu, dass die Übertragung von Spielen der Fußball-WM verboten und – weitaus gravierender – das Kauen der Volksdroge *khat* ebenfalls unter Strafe gestellt wurde. Diese Einschränkungen der individuellen Freiheiten signalisierten die zunehmende ‚Radikalisierung‘ der UIC; intern übernahmen fanatische Muslims um Sheik ‚Aweys‘ die Macht, die Äthiopien bald den ‚heiligen Krieg‘ erklärten, etliche

Abkommen mit dem von Addis Ababa unterstützten (international anerkannten) ‚*Transitional Federal Government*‘ (TFG) brachen und Hilfe aus Eritrea erhielten.

Die äthiopische Führung versuchte lange, letztlich allerdings vergeblich, in Verhandlungen zu einer Übereinkunft mit den UIC zu kommen. Als diese nicht nur Unterstützung aus der arabischen Welt (Libyen, Ägypten, Hisbollah), sondern auch durch Eritrea (rund 2.000 Soldaten plus Waffen) erhielten, war das für die Regierung von Premierminister Meles Zenawi der *casus belli*. In einer von der Mehrheit des Parlaments, darunter auch einem Teil der Opposition, unterstützten und am Heiligabend 2006 beginnenden militärischen Operation nahm die äthiopische Armee binnen weniger Tage und nach nur kurzen Kämpfen Mogadischu ein.

Mit äthiopischer Absicherung etablierte sich das TFG erstmals in Mogadischu, konnte seinen Anspruch als rechtmäßige somalische Regierung aber bislang nicht vollständig durchsetzen. Gegen wachsenden gewaltsamen Widerstand in Mogadischu, der mehr als 100.000 Menschen in die Flucht trieb, musste die äthiopische Armee

im März und April 2007 schwere Waffen einsetzen, was ganze Stadtteile verwüstete und rund 1,200 zivile Opfer kostete. Ob dies den Widerstand - der sich aus Überbleibseln der UIC, somalischen Nationalisten und Mitgliedern von rivalisierenden Clans speist - zu brechen vermochte und dem TFG das benötigte Gewaltmonopol in Mogadischu verschafft hat, bleibt abzuwarten; der tödliche Anschlag auf ugandische AMISOM (*AU Mission to Somalia*)-Soldaten und zwei fehlgeschlagene Attentate auf Premier Gedi im Mai und Juni 2007 deuten darauf hin, dass zumindest Mogadischu so schnell nicht zur Ruhe kommen wird.

Entgegen westlichen Wahrnehmungen intervenierte Äthiopien nicht als Handlanger der USA in Somalia, sondern vorwiegend aus eigenen Interessen. Angst, dass es in der weitläufigen und von Somalia beanspruchten Ogaden-Region zu Unruhen kommen könnte, die Besorgnis über Eritreas Unterstützung der UIC und die Befürchtung bei einer Niederlage des TFG, den einzigen Verbündeten in Somalia zu verlieren, waren wohl die wesentlichen Beweggründe für die äthiopische Intervention. Dass diese durchaus auch im Interesse der USA und der westlichen Mächte war, wurde als politischer Bonus einkalkuliert. Äthiopien hat sich durch die Militäraktion gegen die UIC als wichtigste Regionalmacht behauptet und als verlässlicher, wenn gleich bedrohter, Bündnispartner des Westens dargestellt.

Grenzkonflikt mit Eritrea

Das äthiopische Eingreifen in Somalia mag auch als Warnschuss gegenüber Eritrea gedacht gewesen sein. Seit dem Krieg 1998-2000 über den genauen Grenzverlauf, den Äthiopien gewann, sind die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gespannt. Der Grund dafür ist die nach wie vor nicht vollständig geklärte Grenzfrage. Die internationale Grenzkommission hatte in ihrem Urteil die umstrittene (und hart umkämpfte) Stadt Badme entgegen den äthiopischen Erwartungen Eritrea zugesprochen. Für die Regierung Meles war dies aus außen- und innenpolitischen Gründen nicht annehmbar, während sich Eritrea in seinen Forderungen bestätigt fühlte. Die für die Einhaltung des Waffenstillstandes zuständige UN Mission to Eritrea and Ethiopia (UNMEE) musste aufgrund der angespannten Lage ihr Mandat bis Ende Juli 2007 verlängern; eine weitere Verlängerung gilt als wahrscheinlich.

Eritrea hat sich seit dem Ende des Krieges außenpolitisch zunehmend isoliert und innenpolitisch in ein autoritäres System verhärtet. Wirtschaftlich und politisch angeschlagen versucht(e) die Regierung Isayas, Druck auf Äthiopien und (indirekt) die internationale Gemeinschaft auszuüben, den Grenzverlauf gemäß dem Urteil der internationalen Grenzkommission anzuerkennen. Ein Mittel war (und ist) die Unterstützung von äthiopischen Regimegegnern (wie etwa der *Oromo Liberation Front* [OLF], der *Ogaden National Liberation Front* [ONLF], Teilen der exilierten *Coalition for Unity and Democracy* [CUD] und der *Afar National Liberation Front* [ANLF]) mit Unterkunft, Ausbildung, Logistik und Waffen. Als Eritrea seine Unterstützung auf die Bewaffnung der UIC und die Entsendung von Militärpersonal (rund 2.000 Mann) nach Somalia ausweitete ⁽¹⁾ be-

fürchtete die äthiopische Regierung, dass Eritrea in Somalia eine weitere ‚Front‘ aufbauen wollte und führte die bereits angesprochene Militär-Aktion gegen die UIC im Dezember 2006 durch.

In der Folgezeit nahmen die Spannungen zwischen Addis Ababa und Asmara weiter zu. Zunächst entführten in Eritrea stationierte Rebellen der *Afar National Liberation Front* (ANLF) im März 2007 eine Gruppe von britischen Touristen und ihre äthiopischen Begleiter und verbrachten ihre Geiseln auf eritreisches Territorium. Während die britischen Geiseln relativ rasch wieder entlassen wurden, blieben die Äthiopier bis Ende April gefangen. Im gleichen Monat wurde auch bekannt, dass Eritrea den aus Somalia geflüchteten militanten Kräften der UIC um Sheik ‚Aweys‘ Zuflucht gewährt hatte; Ende April gesellte sich mit dem ehemaligen Innenminister und ‚warlord‘ Aidede ein weiterer einflussreicher somalischer Politiker zu den in Asmara versammelten Äthiopien-feindlichen Kräften.

Seit März 2007 entfacht die äthiopische Regierung eine Propaganda- und diplomatische Offensive gegen den nördlichen Nachbarn. In den nationalen Medien wird Eritrea seitdem als Kriegstreiber, Unterstützer von Terroristen und notorischer Unrechtsstaat dargestellt. Im Mai 2007 verabschiedete das „*House of Representatives*“, das äthiopische Parlament, eine Resolution, in der die UN aufgefordert werden, geeignete Maßnahmen gegen Eritrea zu ergreifen.

Hintergrund für die mediale Offensive gegen Eritrea dürften das im Juli 2007 auslaufende Mandat von UNMEE und ein Ultimatum der Internationalen Grenzkommission sein. Letztere hatte angekündigt, dass der im Abschlussbericht festgelegte Grenzverlauf internationale Gültigkeit erlangen wird, sollten die beiden Kontrahenten bis Ende November 2007 nicht zu einer einvernehmlichen Regelung über den tatsächlichen Verlauf der Grenze kommen.

Die Regierung in Addis Ababa hat im März 2007 erstmals im Prinzip die „*delineation*“ der Grenze anerkannt, fordert aber bei der konkreten Demarkation Zugeständnisse ⁽²⁾, wovon wiederum die Eritreer nichts wissen wollen. Für die Regierung von Meles ist die Anerkennung der Grenze wie von der Internationalen Grenzkommission festgelegt, politisch nicht akzeptabel ⁽³⁾. Sie will Korrekturen, um sich einerseits innenpolitisch keine Blöße gegenüber der nationalistisch-chauvinistischen Opposition zu geben und nutzt andererseits die Gelegenheit, Eritrea weiter unter Druck zu setzen und zu provozieren.

Eritrea hatte aus Protest gegen die äthiopische Verzögerungstaktik bereits 2006 UNMEE verboten, die eritreische Seite der Grenze zu

¹ . Vgl. *Report of the Monitoring Group on Somalia pursuant to Security Council resolution 1676(2006)*; 16.10.06

² . Unter „Delineation“ wird die Grenzziehung auf der Karte begriffen; davon zu unterscheiden ist die „Demarkation“ im Gelände. Letztere, so argumentiert Addis Ababa, teile Dörfer, durchschneide Strassen und Häuser und müsse daher ‚angepasst‘ werden. Das wiederum bestreitet Eritrea.

³ . Für die äthiopische Regierung ist der Besitz der Stadt Badme ein zentrales Anliegen! Zunächst wurde der Bericht der Grenzkommission so verstanden, dass Badme Äthiopien zugeschlagen sei. Als deutlich wurde, dass die ein Missverständnis war, hatte die äthiopische Regierung schon verkündet, man habe Badme zurückerhalten.

patrouillieren und selbst begonnen, Truppen in grenznahe Positionen zu verlegen. Im März 2007 reagierte Äthiopien seinerseits mit der Verstärkung seiner Truppen im Norden. Das ist verschiedentlich als Präludium für einen neuen Waffengang gewertet worden, was durch inoffizielle Äußerungen regierungsnaher Kreise („Ein Krieg gegen Eritrea wird kaum vor Weihnachten stattfinden; die äthiopischen *Milleniumsfeiern* sollen nicht gestört werden!“) noch bestärkt wird.

Regionalpolitische Allianzen

Infolge des noch nicht abgeschlossenen Konfliktes zwischen Eritrea und Äthiopien und der äthiopischen Intervention in Somalia einerseits und des amerikanischen „Kampfes gegen den Terror“ andererseits, zeichnen sich neue regionale Gewichtungen und Bündnisstrukturen am Horn von Afrika ab:

- Äthiopien, Kenia und Uganda, die alle die Unterstützung der USA genießen und sich als Partner im Kampf gegen (islamischen) Terror erwiesen haben, rücken näher zusammen; das wurde noch einmal durch Ugandas Bereitschaft unterstrichen, als einziges afrikanisches Land und zunächst auf eigene Kosten, Friedens-Truppen unter AU-Mandat nach Somalia zu schicken.
- Eritrea, der islamische Nord-Sudan und die islamistischen Kräfte in Somalia formieren sich ebenfalls zunehmend zu einem Interessensblock; Eritrea beherbergt momentan die militant-fundamentalistischen UIC-Kräfte, hat sich nach langjährigem Streit mit dem Sudan ausgesöhnt und die Regionalgemeinschaft IGAD (*Intergovernmental Authority on Development*) unter Protest verlassen. Es darf spekuliert werden, dass sich die Regierung Isayas von diesem ‚Bündnis‘ finanzielle Unterstützung aus dem arabisch-islamischen Raum für das international isolierte und zunehmend geächtete Regime erhofft.

Externe Einflussnahme

Die Staaten der Europäischen Union (EU) versuchen auf verschiedenen Ebenen die regionalpolitischen Spannungen zu entschärfen und die Kontrahenten – einerseits Eritrea und Äthiopien, andererseits Äthiopien/TFG und UIC/somalische Clans – wieder ins Gespräch zu bringen. Zur Beruhigung der Lage in Somalia hat sich die EU bereit erklärt, 16 Mio. EURO für den Unterhalt einer AU-Friedenstruppe beizusteuern. Gleichzeitig unterstützt sie die Bemühungen, eine „Versöhnungskonferenz“ in Somalia abzuhalten, die speziell die bislang verfeindeten Clans und die gemäßigten Teile der UIC zusammenbringen soll, damit eine dauerhafte Lösung für das Land gefunden werden kann. Allerdings wurde diese Versöhnungskonferenz bereits mehrmals verschoben; zuletzt (Anfang Juni 2007) auf Mitte Juli.

Im Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea sondierte Deutschland (in der Funktion des EU-Ratspräsidenten) im ersten Halbjahr die Positionen der Kontrahenten. Ziel der EU ist es, noch vor Ablauf des Grenzültimatums zu einer politischen Lösung zu kommen. Ange-

sichts der Ausgangslage – Eritrea ist mit der Entscheidung der internationalen Grenzkommission zufrieden und will keine Änderungen; Äthiopien verlangt Änderungen – ist ein konkretes Ergebnis eher unwahrscheinlich.

2. Innenpolitik

Die nach den Wahlen und Unruhen 2005 angeschlagene Regierung von Premierminister Meles Zenawi setzte ihre bereits 2006 begonnene Konsolidierung fort. Ohne große personelle Änderungen in der Führung, aber mit verstärktem Aufwand auf Regional- und Bezirksebene (*woreda*) reorganisierte die Regierungspartei *Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front* (EPRDF) ihre Macht. Neben recht offenen Konsultationen mit verschiedenen Interessengruppen (Geschäftsleute, Akademiker, Frauen- und Jugendverbände) zu den Ursachen des Popularitätsverlustes der Regierungspartei unternahm die EPRDF eine intensive ‚Erziehungskampagne‘ ihrer Kader auf allen Ebenen. Unter dem Oberthema „*Good Governance*“ wurden nicht nur Korruption, Nepotismus und schlechte Dienstleistungen angesprochen, sondern auch die führende Rolle der Partei in der Umsetzung der Entwicklungspläne und der Führung des Landes wieder einmal betont. Die Lehre aus den Ereignissen von 2005 für die Spitze der EPRDF ist, dass sie sich nicht noch einmal politisch so überraschen lassen will und daher die gesellschaftlichen Kontrollmechanismen modernisiert und verbreitert.

Innere Kontrolle

Das hat zum einen zur Konsequenz, dass starker Druck auf Medien und Zivilgesellschaft ausgeübt wird, sich mit kritischer Berichterstattung bzw. politisch emanzipatorischen Projekten zurückzuhalten. Die wenigen verbliebenen privaten Zeitungen vermeiden seither allzu kritische Berichte (obwohl hin und wieder ein kritischer ‚Geist‘ durchzusehen scheint). Im Mai 2007 beschleunigte eine internationale Journalistenorganisation Äthiopien 2006 die größten Rückschritte hinsichtlich Pressefreiheit weltweit⁴). Im Juni 2007 passierte ein restriktives Rundfunk-Gesetz das Parlament, das die Etablierung von privaten Radio- und Fernsehstationen faktisch unmöglich macht und öffentlichen Rundfunk als Staatsrundfunk definiert.

Die meisten NGOs haben sich auf die Durchführung von unverfänglichen technischen Projekten zurückgezogen. Von den rund 800 registrierten NGOs sind nur noch rund 35 im Bereich *Good Governance* tätig. Allerdings haben sich die meisten der in diesem Sektor verbliebenen NGOs auf Anregung der norwegischen und schwedischen Botschaften zu zwei Netzwerken zusammenschlossen, um effektiver *civic and voter education* vermitteln zu können (siehe auch Abschnitt 5).

⁴ vgl., Committee to Protect Journalists (CPJ), Backsliders: The 10 countries where press freedom has most deteriorated. Special Report 2007, <http://www.cpj.org/backsliders/index.html>

Zum anderen nutzte die Regierung die Gelegenheit, um korrupte Beamte und Geschäftsleute anzuklagen. Ende Mai 2007 verhaftete die Polizei über 50 Verdächtige in allen Teilen des Landes.

Opposition

Im Frühjahr 2007 kam nach langen Monaten des Wartens endlich Bewegung in die Frage, was mit den seit November 2005 inhaftierten, des Hochverrats und des Aufrufs zum Genozid angeklagten CUD-Politikern, Journalisten und zivilgesellschaftlichen Aktivisten geschehen soll. Nachdem der Zeitpunkt der Anklageprüfung immer wieder verschoben worden war, wurden im April 2007 überraschend 25 Journalisten und einige der NGO-Vertreter freigelassen. Die Anklage gegen die verbliebenen 55 Inhaftierten (vornehmlich die CUD-Führung) wegen versuchten Umsturzes wurde aufrecht erhalten, die wegen Aufruf zum Genozid und zum Hochverrat jedoch stillschweigend zu den Akten gelegt. In dem Augenblick, zu dem die Anklagen substantiiert werden mussten, offenbarte sich, wie wenig stichhaltig Teile der Anklage waren. Die Verzögerung der Anklageerhebung bis in den April 2007 hinein (Inhaftierung für mehr als 16 Monate ohne formale Anklage) erscheint daher als politische Maßnahme der Regierung, Oppositionelle und Kritiker so lange aus dem ‚politischen Verkehr zu ziehen‘, bis die innenpolitische Lage wieder vollständig unter Kontrolle war.

Mitte Juni 2007 befand der *Federal High Court* 38 Oppositionspolitiker und drei Verleger des versuchten Umsturzes für schuldig, da die Angeklagten sich (angeblich) weigerten, eine Verteidigung vorzubringen. Ein rechtskräftiges Urteil wird für den 16.7.2007 erwartet. Es ist immer wieder spekuliert worden ist, dass die Millenniums-Feiern Anlass für eine Begnadigung sein könnten. Der überraschende Schuldspruch scheint dies eher unwahrscheinlich zu machen, obwohl es intensive Verhandlungen zwischen Gebern und äthiopischer Regierung über eine Freilassung gegeben haben soll.

Der Regierung Meles Zenawi ist es seit den blutigen Unruhen im Juni und November 2005 gelungen, die anfangs bedeutende Opposition mittels einer gezielten *divide et impera* Strategie politisch zu schwächen und teilweise zu diskreditieren. Während eine politisch gefährliche, weil populäre, Gruppe von CUD-Politikern seit November 2005 im Gefängnis sitzt und praktisch von Außenwelt abgeschnitten ist, konnte mit der parlamentarischen Vertretung der Opposition ein *modus vivendi* gefunden werden, der besonders bei den internationalen Geberländern als Ausdruck demokratischen Verhaltens Anklang fand. Die Bereitschaft dieses Teils der Opposition zur Kooperation im Parlament stieß in der Öffentlichkeit dagegen auf Unverständnis und verstärkte die politische Apathie unter der mehrheitlich oppositionellen urbanen Bevölkerung. Die ursprüngliche CUD ist als Folge dieser Politik und aufgrund von innerparteilichen Zwistigkeiten in drei Teile zerfallen:

- Die Gruppe um die ehemalige Führung (die inhaftierten Politiker Hailu Shawl and Berhanu Nega), die obwohl organisatorisch kaum noch existent in der urbanen Bevölkerung den Status von Freiheitshelden erlangt hat.
- Die ‚moderate‘ parlamentarische Vertretung, die sich nunmehr CUDP nennt, und selbst innerhalb des Parlaments

keine festen Strukturen aufweist; CUDP ist zwar von der Regierung mittlerweile als Teil der Opposition akzeptiert, findet aber in der Bevölkerung kaum noch Rückhalt, da ihre Vertreter als Opportunisten gelten.

- Die ‚radikale‘ außerparlamentarische und oft auch außer-äthiopische Fraktion, die als CUDP-*Kinjit* bezeichnet wird; diese Fraktion hat sich mit Gegnern des EPRDF-Regimes wie der *Oromo Liberation Front* (OLF) und der ONLF im Mai 2006 in Holland zur *Alliance for Freedom and Democracy* (AFD) zusammengeschlossen und den bewaffneten Kampf gegen die Regierung Meles angekündigt.

Die übrigen im Parlament vertretenen Oppositionsparteien, - die *United Ethiopian Democratic Front* (UEDF), EUDP-Medhin und das *Oromo Federalist Democratic Movement* (OFDM) – sind zwar regierungskritisch, können aber wenig gegen die Zweidrittelmehrheit der Regierungspartei EPRDF ausrichten. Zwar ist noch 2006 eine auf Geberdruck hin verbesserte Parlamentsordnung verabschiedet worden, die den Oppositionsparteien mehr Sprechzeiten einräumt, doch mehr als einige wenige kritische Fragen zur Situation in Somalia und zur wirtschaftlichen Situation wurden nicht geäußert.

Nur einmal – bei der Verabschiedung des Untersuchungsberichtes zu den blutigen Unruhen im Juni und November 2005 – war sich die Opposition einig. Sie stimmte geschlossen gegen den Bericht⁽⁵⁾, da sie weder mit der Zusammensetzung der Kommission noch mit den Ergebnissen einverstanden waren. Der Bericht hatte zwar den Tod von knapp 200 Menschen eingeräumt, die Sicherheitskräfte dennoch von der Ausübung exzessiver Gewalt freigesprochen.

Äthiopisches Millennium

Im Mittelpunkt der Innenpolitik stand 2006/7 eindeutig die Vorbereitung auf die äthiopische Millenniums-Feier⁽⁶⁾. Die Regierung unternimmt jede Anstrengung, um Äthiopien als sich modernisierendes, aufsteigendes Land zu porträtieren. Äthiopien erwartet im Laufe der auf ein Jahr terminierten Feiern mehr als 300.000 Besucher – vor allem Äthiopier aus der Diaspora – was die vorhandene Infrastruktur extrem beanspruchen wird. Die wird besonders in Addis Ababa seit Ende 2006 verbessert (neue Straßen, Grünanlagen, Veranstaltungshallen, Hotels etc.) und Investitionslizenzen besonders für Hotels waren rasch und unkompliziert zu erhalten.

Lokal-Wahlen

Trotz aller noch vorhandenen Nervosität fühlt sich die Regierung Meles inzwischen sicher genug, die verschobenen Lokalwahlen auf *kebele* (Kreis-), *woreda* (Bezirk-) und Regionen-Ebene (inklusive der Großstädte Addis Ababa und Dire Dawa) Ende 2007 durchzu-

⁵ . Der aber dennoch mit den Stimmen der Regierungsmehrheit verabschiedet wurde.

⁶ . Äthiopien folgt dem orthodoxen Kalender, der gegenüber dem gregorianischen knapp acht Jahre ‚verspätet‘ ist. Das neue Jahrtausend beginnt in Äthiopien am 11.09.2007.

führen. Dazu war es notwendig, das bestehende Wahlgesetz zu reformieren, da weder die Opposition noch die Geber die unter dem alten Gesetz eingesetzte Wahlkommission nach ihrer Leistung während der Parlamentswahlen 2005 länger akzeptierten. Die Regierung nutzte die Chance und produzierte ein stark überarbeitetes, in seiner Substanz sehr konservatives Wahlgesetz, das die Möglichkeiten effektiven Monitorings durch die Zivilgesellschaft stark einschränkt. Das im Mai 2007 ohne Vorankündigung im Parlament durchgesetzte Wahlgesetz sieht weiter vor, dass

- keine Vorab-Umfragen durchgeführt werden dürfen;
- NGOs, die *voter education* durchführen, vom Wahl-Monitoring ausgeschlossen sind;
- Ausländische Wahlbeobachter nur auf Einladung der Regierung ins Land dürfen;
- die Zahl der Wahlkommissare nur um zwei, statt wie von der Opposition gefordert, um sechs erhöht wird, was die Dominanz der Regierungspartei garantiert.

Innenpolitische Destabilisierung?

Die Veränderungen in der regionalpolitischen Situation (Konflikt mit Eritrea, Intervention in Somalia) hatte kaum den erhofften innenpolitischen ‚nationalen Schulterchluss‘ herbeigeführt, sondern im Gegenteil destabilisierende Auswirkungen auf die innenpolitische Situation:

- Im September 2006 wurden zwei Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes in der Somali Region Äthiopiens gekidnappt (aber schon zwei Tage später unverletzt wieder freigelassen).
- Im Oktober 2006 kam es zu religiösen Unruhen zwischen Muslims und Christen mit 14 Toten in Jimma, dem Zentrum der Kaffa-Zone, die mehrheitlich von Muslimen bewohnt wird.
- Im März 2007 wurden acht Äthiopier und fünf Briten in der nördlichen Afar-Region von der aus Eritrea heraus operierenden ANLF entführt und nach Eritrea verschleppt.
- Anfang Mai 2007 attackierte die ONLF das Basislager einer chinesischen Ölexplorationsfirma in der Somali-Region und tötete 65 Äthiopier und neun Chinesen. Die ONLF ließ gekidnappte Chinesen rasch wieder frei, drohte aber mit weiteren Anschlägen auf ausländische Explorationsvorhaben.
- Anfang Juni 2007 starben bei einem Selbstmord-Attentat und der sich anschließenden Panik in Jijiga, nahe der Grenze zu Somaliland, zwischen elf und vierzehn Menschen. Auch der Präsident der Region wurde verletzt. Die Regierung beschuldigt die ONLF des Anschlages, was diese aber bestreitet.

Wohl im Hinblick auf die blutigen Ereignisse in der Somali-Region hat der britische *Economist* in seinem neuesten *World Peacefulness Report* Äthiopien als das zweitgefährlichste der 122 untersuchten Länder eingestuft. Selbst in Anbetracht der jüngsten Zunahme an Überfällen ist eine solche Einschätzung völlig überzogen. Addis Ababa ist nach wie vor eine der sichersten Städte nicht nur in Afrika und abgesehen von den notorisch unsicheren Gebieten entlang der somalischen Grenze ist das Land so sicher wie zuvor.

Das Landesbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Äthiopien versucht seit 2007, durch öffentliche Veranstaltungen zu demokratie-relevanten Themen den verschütteten innenpolitischen Diskurs über Menschenrechte, demokratische Transparenz und *Good Governance* neu mit anzufachen. Erste Trainingsworkshops mit Parlamentsaus-schüssen auf nationaler wie auf regionaler (Amhara) Ebene zu Poli-tikinhalt und parlamentarischen Prozessen haben stattgefunden oder sind geplant. Damit soll ein demokratischeres Politikverständ-nis unter den gewählten Volksvertretern erzeugt bzw. verfestigt wer-den. Viele Abgeordnete sind erstmals im Parlament vertreten und haben kaum Erfahrung mit Geschäftsordnungen, Ausschuss-Arbeit und Respektierung von Minderheitsmeinungen. Diese Workshops ermöglichen auch die Einbeziehung von Oppositionspolitikern.

3. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftsboom

Die äthiopische Wirtschaft befindet sich momentan in einer Boom-phase: seit 2004 wuchs die Wirtschaft jährlich real um mehr als 10%. Zwar sind solche Wachstumsraten in vielen afrikanischen Volkswirtschaften mit Vorsicht zu genießen, da verlässliche Statistiken oft fehlen, aber im Falle Äthiopiens dürften sie der Wahrheit recht nahe kommen. Anhaltende gute Niederschläge, kontinuierliche ausländische (vor allem aus China und der Diaspora) sowie hohe staatliche Investitionen im Infrastrukturbereich (zumeist finanziert von Weltbank und EU) haben die Basis für ein kräftiges wirtschaftliches Wachstum gelegt. 2006 registrierte die äthiopische Invest-mentbehörde knapp 5.900 neue Investitionen mit einem Volumen von rund 8.9 Mrd. US-\$ vornehmlich im Bausektor und in der verar-beitenden Industrie ⁽⁷⁾.

Der Erlass von rund 3,2 Mrd. US-\$ an Auslandsschulden anlässlich des Besuchs des (ehemaligen) Weltbank-Präsidenten Wolfowitz im Juli 2006 entlastete das äthiopische Budget zusätzlich. Zusammen mit der umgewidmeten Budgethilfe ⁽⁸⁾ und neuen Weltbank- sowie EU-Hilfen konnte die Regierung legitimitätsstiftend stark in den so-zialen Bereich und die Infrastruktur investieren. Gleichzeitig wurden

⁷ . Vgl. <http://www.nbe.gov.et/NBEPublications/Annual2006/investment%20%20pdf7.pdf>. Bezieht sich auf die Investitionslizenzen, nicht die aktuell getätigten Investitionen.

⁸ . Nach den umstrittenen Wahlen und den nachfolgenden bluti-gen Unruhen 2005 froren mehrere Geber die bereits zugesagten Budget-hilfen ein. Um die eingestellten Budgetmittel nicht zu verlieren, ‚erfand‘ die Weltbank ein neues Instrument: das Programm zur „Protection of Basic Services“ (PBS), das im November 2006 mit Mitteln der Bank und von DFID Department for International Development, Großbritan-nien) gestartet wurde. Darunter werden seitdem besonders der Erzie-hungs- und Gesundheitsbereich auf lokaler (*woreda*) Ebene unterstützt.

die Entscheidungskompetenzen auf lokaler Ebene durch eine Reform des öffentlichen Sektors gestärkt und theoretisch auch transparenter gemacht. Seit Ende letzten Jahres sind die Bezirksverwaltungen (*woredas*) verpflichtet, ihre Budgets und Investitionspläne öffentlich auszuhängen – praktisch geschieht das jedoch bislang nur sehr vereinzelt.

Entwicklungshilfe

Äthiopien ist einer der größten Empfänger von Entwicklungshilfe weltweit. Selbst die Empörung über die Wahlen von 2005 und die blutige Niederschlagung der nachfolgenden Proteste sowie die zunehmende autokratische Verhärtung des Regimes bewegte die westlichen Geberländer und –institutionen nicht dazu, das Hilfsvolumen zu kürzen. Für 2007 sind rund US-\$ 1.9 Mrd. an bi- und multilateraler Hilfe zugesagt. Größte Geber sind Weltbank (US-\$ 340 Mio.), EU (US-\$ 329 Mio.), USA (US-\$ 270 Mio.), Großbritannien (US-\$ 254 Mio.) und die Afrikanische Entwicklungsbank (US-\$ 173 Mio.); die BRD folgt auf Platz 14 mit rund US-\$ 33 Mio. ⁹). Zusätzlich kann Äthiopien jährlich rund US-\$ 500 Mio. an Hilfe durch NGOs verzeichnen.

Indien und China engagieren sich ebenfalls in Äthiopien – allerdings weniger in Form klassischer Entwicklungshilfe, sondern mit kommerziellen Krediten. Indien hat nach eigenen Angaben Kredite und Zusagen in Höhe von etwa US-\$ 500 Mio. an Äthiopien gemacht. China hat sich massiv im Telekommunikationsbereich engagiert und Äthiopien einen Kredit von US-\$ 1,5 Mrd. eingeräumt. Zusammen mit weiteren Krediten beläuft sich die chinesische Kooperation auf etwa US-\$ 3,5 Mrd. Da diese Kredite kommerzieller Natur sind und die Regierung Meles auch im Westen neue Kredite aufnimmt, wird seitens des IWF und der Weltbank befürchtet, dass Äthiopien trotz aller Schuldenerlasse rasch wieder in einer klassischen Schuldenfalle landen könnte.

Soziale Investitionen

Um ihrem Anspruch gerecht werden zu können, zu einem ‚ostafrikanischen Tiger‘ aufzusteigen, investiert die Regierung Meles seit zwei Jahren kräftig in den Erziehungsbereich. Dazu setzt sie auf deutsche Expertise – sowohl inhaltlich-konzeptionell als auch organisatorisch und in der Bau-Ausführung. Das von der GTZ in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für *Capacity Building* durchgeführte *Engineering Capacity-Building Programme* (ECBP) versucht, technische Ausbildung mit der Förderung des Privatsektors zu verknüpfen. Im kommerziellen *University Capacity Building Programme* (UCBP) hat die GTZ-International Services den Auftrag, landesweit 15 Universitäten unter Nutzung lokaler Kapazitäten zu bauen. Es ist mit gut 400 Mio. US-\$ der größte Einzelauftrag des Consultingarms der GTZ. Diese Programme verstärken zwar die Sichtbarkeit des deutschen Engagements in Äthiopien, erhöhen

⁹. Die Angaben beruhen auf einer Untersuchung der deutschen Botschaft in Addis Ababa vom März 2007.

gleichzeitig aber auch die Anfälligkeit gegenüber (politischem) Druck ¹⁰).

Der rasche Ausbau der Universitätskapazitäten geht nicht einher mit der Ausweitung und Verbesserung der sozialen Infrastruktur an den Lehranstalten. Unterkünfte und besonders die Verpflegung lässt oft zu wünschen übrig. In Addis Ababa gab es in den letzten Monaten etliche Fälle von Lebensmittelvergiftungen an der Universität. Im März 2007 starb ein Student, was zusammen mit dem Gerücht, dass seine Organe illegalerweise im Hospital entnommen und verkauft worden seien, spontane Demonstrationen auslöste – die ersten öffentlichen Demonstrationen seit den November-Unruhen 2005.

Lebenshaltungskosten und Armut

Die Inflationsraten lagen in den letzten Jahren relativ konstant bei etwa 12%. Aufgrund hoher Ölpreise und starker Nachfrage für Nahrungsmittel stiegen in der ersten Jahreshälfte 2007 jedoch besonders die Lebenshaltungskosten für die urbane Bevölkerung. So stand die Inflationsrate im Februar 2007 bei 19%. Die Regierung versuchte mit bescheidenem Erfolg, durch die Abgabe subventionierten Weizens die Preise für Nahrungsmittel zumindest in der Hauptstadt zu stabilisieren. Weitere Subventionen sollen im Finanzjahr 2007/8 folgen. Die Bereitschaft der Regierung, Nahrungsmittel zu subventionieren ist im Kontext der Millenniums-Feiern zu sehen: nichts würde dem Ansehen der Regierung mehr schaden, als demonstrierende, unzufriedene Bürger.

Das rapide wirtschaftliche Wachstum hat bislang kaum die generelle Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit ihrer sozio-ökonomischen Situation bessern können. Stagnierende Löhne bei steigenden Preisen und einer wachsenden Zahl von (oft gut qualifizierten) Arbeitssuchenden belasten trotz allen Fortschritts das Ansehen der Regierung. Ein Indikator für die sozio-ökonomische Unzufriedenheit ist die hohe Zahl von Emigranten ¹¹). Äthiopien gilt heute als das Land mit der nach Kuba größten Diaspora weltweit. Die Bildungsoffensive der Regierung mit dem Bau von 15 zusätzlichen Universitäten wird den Überhang an qualifizierten Akademikern auf dem Arbeitsmarkt und damit den Druck auf die Regierung für mehr Arbeitsplätze zu sorgen, weiter verstärken. Solange die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Entwicklung schlecht ¹²) und die Korruptionsanfälligkeit in der Verwaltung hoch sind, kann mit einer nachhaltigen, arbeitsplatzschaffenden und einkommenssteigernden wirtschaftlichen Entwicklung kaum gerechnet werden.

¹⁰. So wurde im Mai 2007 wurde der deutsche Leiter des ECBP auf Druck der äthiopischen Seite abgezogen.

¹¹. Allerdings spielt dafür auch die politische Geschichte des Landes eine Rolle.

¹². Dazu gehört auch die immer wieder vor allem von der Weltbank geforderte Reform des ‚Landrechts‘. Wie in vielen afrikanischen Staaten besitzt auch in Äthiopien der Staat grundsätzlich alles Land. Privater Besitz und Grund und Boden kommt nur in Ausnahmefällen (Gross-Investoren) vor. Die Masse der Kleinbauern dagegen besitzt keine Rechtssicherheit und keine Beleihungsmöglichkeiten, was Investitionen in den Agrarbereich und dadurch seine Produktivität stark beeinträchtigt.

4. Zivilgesellschaft und Rechtsstaat

Verängstigte NGOs

Verglichen mit anderen afrikanischen Staaten ist die Zivilgesellschaft in Äthiopien noch recht jung. Erst nach dem Sturz des DERG-Regimes 1991 entstanden langsam zivilgesellschaftliche Strukturen. Doch auch unter der Regierung Meles blieben NGOs lange Zeit vornehmlich auf die Linderung von Hungersnöten und anderen Katastrophen beschränkt. Koordiniert und zunehmend auch kontrolliert durch eine eigens dafür geschaffene Behörde – die *Disaster Preparedness and Prevention Commission* (DPPC) – sind mittlerweile mehr als 800 – zum Teil internationale – NGOs in Äthiopien registriert.

Vor den Wahlen 2005 nahm sich eine wachsende Zahl von NGOs dem Thema *Good Governance* und Demokratie an. Dadurch stieg nicht nur der Mobilisierungsgrad für die Wahlen, sondern letztendlich auch der Anteil der Oppositionsstimmen. Nachdem sich die Regierung mit prozeduralen Manipulationen, Gewalt und laut EU auch durch Wahlbetrug eine Zwei-Drittel-Mehrheit gesichert hatte, wurde das politische Klima gegenüber abweichenden Meinungen rapide frostiger. Die Zahl der im weitesten Sinne politisch engagierten NGOs schrumpfte auf kaum mehr als 35 landesweit. Die überwiegende Zahl der NGOs fokussiert seitdem auf politisch unverfängliche Themen. Die verbliebenen ‚politischen‘ NGOs versuchen sich und ihre Arbeit dadurch zu schützen, dass sie sich zu Netzwerken zusammengeschlossen haben. Einerseits besteht seit Ende 2006 die *Civic and Voter Education Association* (CVEA) mit 22 Mitgliedern und zum anderen der im Januar 2007 gegründete, 13 Mitglieder umfassende *Council for Democracy and Human Rights Association* (CDHRA).

Patronage und politische Macht

Formal gesehen, ist Äthiopien eine Demokratie; praktisch betrachtet, fällt das Land eher in die Kategorie einer neo-patrimonialen Autokratie. Der Machterhalt ist über weitverzweigte Patronagestrukturen und einen ausgeklügelten Unterdrückungsapparat effektiv organisiert. Jedoch ist die machtpolitische Ausrichtung in Äthiopien weniger auf individuelle (etwa auf den Premierminister) als auf kollektive Akteure bezogen (hier die *Tigrayan People's Liberation Front* [TPLF]). Der Patronageapparat beruht auch nicht wie in vielen afrikanischen Ländern auf einer Mischung aus informellen personalistischen Netzwerken und staatlichen Ressourcen, sondern besitzt mit einem ‚para-parteilichen‘ Wirtschaftssektor eine zusätzliche und

zugleich strukturierende Größe. Alle in der EPRDF vereinigten Parteien haben eigene Unternehmen etabliert, die oft als NGO camouflieren. Am bedeutendsten ist das der TPLF nahestehende Wirtschaftsimperium von EFFORT (*Endowment Fund for the Rehabilitation of Tigray*) mit mehr als 20.000 Beschäftigten und einem Umsatz von knapp ETB 3,2 Mrd (2005, rund 260 Mio Euro). Aber auch die *Oromo Peoples Democratic Organisation* (OPDO) oder das *Amhara National Democratic Movement* (ANDM) haben eigene Wirtschaftsimperien etabliert. Dazu kommen die als NGO registrierten regionalen *Development Associations*, die mit Geber- und Spendengeldern¹³ versehen, teilweise staatliche Aufgaben wahrnehmen (Bau und Betrieb von Schulen, Krankenhäusern und/oder *Micro-Credit Schemes*).

Die Rechtssicherheit im Lande lässt zu wünschen übrig: Viele Gerichte höherer Instanzen sind hoffnungslos überlastet, weil es einerseits an Richtern fehlt (etliche sind emigriert) und andererseits zu viele Bagatell-Fälle verhandelt werden müssen. Besonders auf dem Land ist kaum Rechtssicherheit gegeben. Die lokalen Gerichte gelten als notorisch korrupt und haben kaum noch Legitimität. Dies ist von der Regierung nach den Wahlen von 2005 durchaus als Problem erkannt worden. Zusammen mit der EU wird gegenwärtig ein Trainingsprogramm für lokale Magistratsgerichte durchgeführt.

Geschlechtergleichstellung

Die äthiopische Regierung nimmt die Gleichstellung der Geschlechter ernster als viele andere afrikanische Länder. Seit 2005 gibt es erstmalig ein Ministerium für *Women's Affairs* und in allen Fachministerien einen speziellen *Women's Desk*, der sicherstellen soll, dass die Interessen von Frauen in der Politikformulierung und -umsetzung besonders berücksichtigt werden. Ende 2006 legte das Frauenministerium nach langen internen Beratungen einen Nationalen Aktionsplan zur Geschlechtergleichstellung vor. Die Ziele des Aktionsplans sind ehrgeizig, aber kaum realisierbar wie Vertreter von Frauenorganisationen kritisieren¹⁴. Das auch im Aktionsplan auftauchende Dilemma ist in Äthiopien weitverbreitet: es gibt gute, ja sogar fortschrittliche Gesetzgebung, aber die gesellschaftliche Realität hinkt weit hinter her. Gesetzliche Vorgaben können nicht umgesetzt werden, weil es nicht nur an Implementations-Ressourcen fehlt, sondern weil die individuelle und soziale Bereitschaft dafür nicht vorhanden ist. Trotz einer Gesetzeslage, die etwa Genitalverstümmelung bei Mädchen unter Strafe stellt, ist diese barbarische Praxis in Äthiopien vor allem auf dem Land noch immer weit verbreitet.

Menschenrechte und Korruption

¹³ Der Selbsthilfe-Gedanke ist in Äthiopien weit verbreitet und spielt bei der Arbeit der Development Associations eine wichtige Rolle.

¹⁴ Das Landesbüro der Heinrich-Böll-Stiftung organisierte im Rahmen des monatlichen Gender Forums im April und Mai 2007 Diskussion über den Aktionsplan zwischen Vertretern der Regierung und von Frauenorganisationen.

Nachdem schon 2005 die SMS-Funktion im Mobilfunknetz abgeschaltet wurde und 2006/7 zahlreiche Internet Blogs gesperrt wurden, traf es 2007 das Internet-Kommunikationssystem skype. Damit sind Kommunikationsmöglichkeiten eingeschränkt, da einfache und billige Kanäle besonders für die Übermittlung von regime-kritischen Informationen verstopft wurden.

In den letzten Jahren ‚sank‘ Äthiopien auf dem *Corruption Perception Index* (CPI) von Transparency International immer tiefer. Stand Äthiopien 2002 noch auf Platz 59 mit einem Wert von 3,5, so ist es bis 2006 auf Platz 130 mit einem Wert von 2,5 abgerutscht (siehe auch Anhang). Im Gegensatz zu anderen als beschränkt transparent eingestuften Ländern in Afrika (Angola, Nigeria, Kenia etc.) scheint die äthiopische Korruption indes weniger ein politisches Phänomen zu sein als ein wirtschaftlich-soziales. Wenig ist bekannt über persönliche Bereicherung der politischen Führungsspitze und Beschuldigungen der Diaspora-Opposition liefen bislang ins Leere. Dennoch ist Korruption allgegenwärtig im Land – sie ist nur anders organisiert. Einerseits werden viele öffentliche Aufträge (Bauwirtschaft, Transportwesen etc.) an Unternehmen gegeben, die der EPRDF und ihren organisatorischen Verzweigungen nahestehen. Andererseits sind viele Dienstleistungen nur gegen entsprechende ‚Beschleunigungsgelder‘ zu bekommen, was als Ausdruck der geringen Motivation und Einkommen im öffentlichen Dienst zu bewerten ist.

Der Grad der internen Unfreiheit lässt sich gut am Index des amerikanischen *Freedom House* ablesen: Äthiopien wird da gleichbleibend seit 2000 als ‚unfrei‘ eingestuft¹⁵. Zusammen mit der abnehmenden gesellschaftlichen Transparenz und der eingeschränkten Pressefreiheit ergibt sich das Bild einer Gesellschaft mit nur geringen partizipativen Freiräumen, notorischem Misstrauen und einer Regierung mit beschränkter politischer Legitimität.

5. Umwelt- und Energiepolitik

¹⁵ Die Experten-Panels des Freedom House bewerten jedes Jahr die politischen und zivilen Freiheiten einzelner Länder auf einer Skala von 1 (vollkommen frei) bis 7 (vollkommen unfrei).

Die Umweltsituation in Äthiopien verschlechtert sich weiter. Zwar hat es in den vergangenen drei Jahren gute bis sehr gute Regenzeiten gegeben, so dass keine Dürreschäden zu vermeiden sind, dafür hat das Land aber 2006 eine Serie von Flutkatastrophen erlebt wie kaum jemals zuvor. Die Zahl der Opfer beträgt offiziell etwa 500, wahrscheinlich sind aber weitaus mehr Menschen dem plötzlichen Hochwasser und den Fluten zum Opfer gefallen.

Auslöser waren starke Regenfälle, aber Ursache für die Überschwemmungen und Springfluten ist aber eindeutig die fortschreitende Entwaldung des Landes. Nahezu alle ‚Wasserscheiden sind mittlerweile entwaldet und haben kaum noch Rückhaltekapazitäten. Bei heftigen Niederschlägen rutschen ganze Berghänge ab, erodiert das fruchtbare Hochland und in den Tälern kann es zu plötzlichen Springfluten kommen, die ganze Siedlungen wegreißen.

Die Umweltsituation stellt sich in den fünf Haupt-Ökosystemen des Landes wie folgt dar:

Urbane Großräume

In der Hauptstadt Addis Abeba werden die noch vorhandenen Grünflächen durch das extreme Bevölkerungswachstum und dem rasch wachsenden Bedarf an Wohnraum bedroht. Der „City development plan“ sieht 22 000 ha Land für Wald und Grünflächen in Addis Abeba vor, wovon allerdings bereits 10.000 ha für Industrie und Hausbau zweckentfremdet wurden. Auch bei den übrigen Flächen besteht häufig eine große Diskrepanz zwischen Plan und Wirklichkeit: Andere eigentlich als Naherholungsraum geplante Flächen werden zum Teil als wilde Müllhalden genutzt.

Die städtische Umweltbehörde in Addis Ababa ist bislang unterfinanziert gewesen und konnte ihren Aufgaben (u.a. Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen) nur bedingt nachkommen. Ein besonderes Problem im urbanen Bereich sind Umweltverschmutzungen und –schäden, verursacht von zum Teil nicht registrierten (Klein-)Betrieben und/oder von skrupellosen Großbetrieben. Um zumindest einen Überblick über die vielfältigen ‚Umweltverschmutzer‘ zu bekommen, unterstützt das Landesbüro die Addis Ababa Umweltbehörde (*Environmental Protection Authority [EPA]*) bei der Katalogisierung und geographischen Verortung von Umwelt Risiken.

Waldgebiete

Äthiopien gehört zu den „biodiversity hotspots“ der Welt. Ein Großteil der Artenvielfalt in Äthiopien findet sich innerhalb der Wälder, die von rapider Abholzung bedroht sind: von den 54 000 km² Wald die noch 1973 bestanden existieren heute noch etwa 19 000 km². Viele Wälder bestehen mittlerweile aus aufgeforstetem Eukalyptus, der sich nur schlecht als Erosionsschutz und Wasserspeicher eignet.

Die Abholzung hat hauptsächlich zwei Gründe: 1. Holz stellt immer noch den Hauptenergieträger und ein wesentliches Element im traditionellen Hausbau dar. 2. Das anhaltend hohe Bevölkerungswachstum resultiert in wachsenden Bedarf nach mehr landwirtschaftlicher Nutzfläche. Auch wirtschaftlich sind viele Äthiopier von Wäldern

abhängig. 45% der Kaffeeproduktion, dem Hauptexportgut, sind zumindest teilweise auf den Schatten von Wäldern angewiesen. Weit wichtiger als die bedrohte ökonomische Funktion ist allerdings die Aufgabe, die Wälder im Wasserkreislauf Äthiopiens einnehmen. Wälder verhindern Bodenerosion und dienen als Wasserspeicher, die für konstanten Wasserfluss sorgen und damit sowohl Fluten als auch Dürren zu verhindern helfen. Allein im Hochland gehen jedes Jahr 1,9 Milliarden Tonnen an Boden durch Erosion verloren. Neben den offenkundigen Effekten für die Landwirtschaft, verstanden aber auch Wasserreservoirs und Staubecken. Dadurch wird die Trinkwasserversorgung eingeschränkt und es steht weniger Wasser für die Stromerzeugung zur Verfügung. Die geringere Staufähigkeit erhöht auch das Flutrisiko.

Das letzte große zusammenhängende ursprüngliche Waldgebiet des Landes ist der *Sheka Forest*. Er ist stark bedroht durch eine ‚unheilige‘ Allianz aus landsuchenden Siedlern, inkompetenten lokalen Beamten und Besitzern von Tee- und Kaffeeplantagen, die immer weiter in den Wald eindringen und dabei auch die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung zerstören. Das Landesbüro der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt eine Koalition von 14 NGOs, die angetreten sind, mittels einer umfassenden ‚advocacy‘ Strategie den *Sheka Forest* vor weiterem Unheil zu bewahren.

Hochland

Ungefähr 44% der Landfläche Äthiopiens wird zum Hochland gezählt. Auf dieser Fläche leben 88% der Bevölkerung; 90% der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegt im Hochland. Das größte Risiko für das Hochland ist das Bevölkerungswachstum, das die Menschen dazu treibt, immer ungünstiger gelegene Flächen zu bearbeiten. Landwirtschaft wird bis in Höhen von 4000m betrieben. Durch diese Praxis wurden schon 97% der ursprünglichen Vegetation vernichtet, kommt es zur starken Bodenerosion und einer Verringerung der Bodengüte.

Feuchtgebiete

Feuchtgebiete umfassen ungefähr 2% der Fläche Äthiopiens. Sie sind vor allem im Hinblick auf Fischerei und als Trinkwasserversorgung sowie als Touristenattraktionen von großer Bedeutung. Die Feuchtgebiete sind Heimat für viele gefährdete Spezies, vor allem sind sie ein Rückzugsgebiet für lokale Vogelarten, aber auch für Zugvögel. Obwohl die Feuchtgebiete eine relativ kleine Fläche einnehmen, spielen auch sie, ähnlich wie die Wälder, eine wichtige Rolle beim Schutz vor Überflutung und als Wasserspeicher. Die Feuchtgebiete sind durch menschliche Übernutzung bedroht wie Überweidung, Ton- und Sandabbau und zu hohe Wasserentnahme für Bewässerung, die zum Austrocknen der Feuchtgebiete führt.

Tiefland

Das Tiefland wird vor allem von Pastoralisten bewohnt. Hauptgefahren sind für diese Regionen abnehmende Bodenqualität, Dürren und Desertifikation. Alle drei Effekte resultieren in einer instabilen Nahrungsmittelversorgung, da die Menschen abhängig sind vom Grasangebot für ihre Tierherden. Bislang ist das heiße Tiefland von der Regierung und Entwicklungsagenturen weitgehend unbeachtet

geblieben. Der Kenntnisstand über dieses Ökosystem ist daher sehr gering.

Auswirkungen des Klimawandels

Angesichts dieser bereits gegenwärtig zu beobachtenden Umweltkrise des Landes sieht die ökologische Zukunft Äthiopiens wenig rosig aus, vor allem wenn die möglichen Auswirkungen des Klimawandels mit einbezogen werden. Zwar liegen noch nicht allzu viele gesicherte Ergebnisse zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Äthiopien vor, dennoch scheint absehbar, dass der Klimawandel in Äthiopien über die nächsten Jahre folgende Konsequenzen in einer bereits heute fragilen Umweltsituation haben kann:

- In einem Großteil des Landes wird die Niederschlagsmenge sinken, was Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion und somit auf die Ernährungssicherheit haben wird. Betroffen werden aber auch Trinkwasserversorgung und die Stromproduktion sein, die nahezu vollständig auf Wasserkraft basiert;
- die Temperaturen werden bis 2080 zwischen 2 und 6 Grad Celsius ansteigen, wodurch unter anderem Krankheiten wie Malaria sich stärker ausbreiten;
- die Bio-Diversität des Landes wird abnehmen, da natürliche Habitats verschwinden.

Um die lokalen Folgen des Klimawandels besser einschätzen zu können, wird das von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte „Green Forum 2007“ dies zum Thema seiner nächsten großen Konferenz im Oktober 2007 machen. Das 2006 etablierte Green Forum – ein Netzwerk von Umweltorganisationen – erstellte einen Überblick über die Umweltsituation Äthiopiens und veröffentlichte die Ergebnisse im Mai 2007 in einer Publikation⁽¹⁶⁾. Das Green Forum passt sich nahtlos ein in die Strategie des Landesbüros, einen Beitrag zur Schaffung eines geschärften Umweltbewusstseins zu leisten. Auch die anderen Aktivitäten des Büros zielen in diese Richtung:

- mit PANOS wird die Produktion eines wöchentlichen Umweltradioprogramms unterstützt;
- zusammen mit ENDA werden die ‚women desks‘ in umweltrelevanten Fachministerien gefördert;
- unter Führung von Melca Mahiber entwickeln 13 NGOs eine ‚advocacy strategy‘ zur Rettung des *Sheka Forests*, die erstmalig Regierungs- und zivilgesellschaftliche Strukturen für ein Umwelthanliegen engagiert.

6. Afrikanische Union (AU)

¹⁶ . Erhältlich im Landesbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Äthiopien.

Die Afrikanische Union mit Sitz in Addis Ababa geriet während des Berichtszeitraumes mehrfach in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Durch die Krisen in Darfur und Somalia war die AU gefordert, politisch und militärisch zu einer Lösung beizutragen. Während die AU ein größeres Truppenkontingent nach Darfur entsandte, konnte die auf 8,000 Soldaten geschätzte Mindeststärke für Somalia auch nach einem halben Jahr nicht annähernd erreicht werden. Bislang sind unter dem AU-Mandat (AMISOM) lediglich rund 1,600 ugandische Soldaten in Mogadishu eingetroffen; sie sollen bis Ende Juni 2007 von burundischen Truppen (1,700 Soldaten) verstärkt werden. Die AU ist nicht in der Lage, die Entsendung von eigenen Truppen ohne externe Hilfe zu finanzieren.

Obwohl die AU im Juni 2006 einen Appell verabschiedete, der alle Beteiligten des Konflikts in Somalia zu politischen Verhandlungen auffordert und gewaltsame Lösungen ablehnte, begrüßte der im Januar 2007 in Addis abgehaltene Gipfel der AU die äthiopische Intervention in Somalia. Diese sei legitim, da sie auf Einladung der international anerkannten somalischen Interimsregierung (TFG) beruhe und Voraussetzungen für einen anhaltenden Frieden schaffen würde.

Auf dem AU-Gipfel in Addis Ababa wurde unter anderem eine Deklaration zum Klimawandel verabschiedet, in der die Industriestaaten aufgefordert wurden, als Hauptverursacher auch die Hauptverantwortung zu tragen. Diese Feststellung diene auch der Forderung, die Entwicklungshilfe zu erhöhen, um dem Klimawandel besser begegnen zu können. Um bessere Informationen über die Wirkungen des Klimawandels in Afrika zu bekommen, verpflichteten sich die AU mehr Regionalstudien durchzuführen und alle zwei Jahre einen Bericht über die Probleme und Erfolge zu veröffentlichen.

Politisch weitaus heikler ist die Verabschiedung der *Charter on democracy, elections and governance*. Dieses Dokument bindet die Unterzeichner an die Durchführung von „fairen“ Wahlen und stellt Regularien nach internationalem Standard in Bezug auf die Organisation und Durchführung von Wahlen auf. Die Charta muss jedoch noch auf nationaler Ebene von mindestens 30 Mitgliedsstaaten ratifiziert werden, ehe sie in Kraft tritt. Für Äthiopien würde eine Ratifikation das gerade erst verabschiedete nationale Wahlgesetz konterkarieren, da unter anderem die Wahlbeobachtung durch afrikanische Staaten erlaubt sein müsste, wenn eine Vorabuntersuchung des AU-Kommissionsvorsitzenden dies fordert⁽¹⁷⁾. Explizit verlangt die Charta auch, dass durch unparteiische „national election boards“ freie und faire Wahlen garantiert sein müssen.

Bis zum Gipfel der AU im Januar 2007 waren alle Staaten aufgefordert, einen Bericht über die Implementierung der „AU solemn declaration on gender equality in Africa“ abzugeben. Damit sollte eine Bestandsaufnahme über die Lage von Gendergerechtigkeit in Afrika vorgelegt werden. Doch nur sechs Staaten kamen dem nach und erstellten einen solchen Bericht, darunter Äthiopien.

Die von der AU angestrebte afrikanische Integration auf politischer und wirtschaftlicher Ebene kommt nur schleppend voran. Die geplante Eingliederung von NEPAD (*New Economic Partnership for Africa's Development*) in die Strukturen der AU wurde auf den nächsten Gipfel verschoben, da keine Einigung über die genauen Bedingungen erzielt werden konnte. Zumindest scheint die AU-Führung aber ihre Zurückhaltung gegenüber Menschenrechtsverletzungen in Mitgliedsländern aufgegeben zu haben. Der AU-Präsident John Kuffour (Präsident Ghanas) kritisierte im März 2007 offen die Situation in Zimbabwe und insbesondere den Umgang mit der Opposition⁽¹⁸⁾: „*The African Union is very uncomfortable. The situation in your country is very embarrassing.*“

Auch die Harmonisierung der verschiedenen *Regional Economic Communities (RECs)* kam bislang kaum voran. Im östlichen und südlichen Afrika gibt es etliche sich überschneidende und oft konkurrierende Mitgliedschaften in den regionalen Wirtschaftsvereinigungen. Zwischen der *Southern African Development Community (SADC)* und dem *Common Market for Southern and Eastern Africa (COMESA)* einerseits sowie zwischen SADC und der *East African Community (EAC)* andererseits gibt es etliche Überschneidungen, die aufgelöst werden müssen, um die regionale Integration in den einzelnen Blöcken nicht zu behindern.

Äthiopien ist seit März 2007 zusammen mit Gabun, Algerien, Angola und Nigeria für drei Jahre Mitglied des Sicherheitsrats der AU.

Ausblick

¹⁷ . Dies schließt das neue äthiopische Wahlgesetz explizit aus. Wahlbeobachter können nur auf Einladung durch die Regierung ins Land kommen.

¹⁸ Nachdem der Führer der Opposition Tsvangirai von regierungsnaher Seite angegriffen wurde und mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Das politische Klima macht emanzipatorische Arbeit im Sinne politischer Bildung in Äthiopien zunehmend schwierig. Daher müssen die wenigen noch vorhandenen Spielräume und Partner sowohl geschützt, verteidigt und gefördert werden. Die äthiopische Regierung beteuert ihrerseits immer wieder, dass sie es mit Good Governance und Demokratie Ernst meint. Die anstehenden Lokalwahlen werden zum Test für diese Ernsthaftigkeit. Dazu gehört, ausreichende Vorbereitung durch *voter education*, Wahlbeobachtung ohne Behinderungen und faire Bedingungen für alle teilnehmenden Parteien.

Die innenpolitische Situation wird stark vom Ausgang des Prozesses gegen die CUD-Politiker bestimmt werden. Die umstrittene Verurteilung (bei ausstehendem Urteilsspruch) für die 38 Hauptangeklagten des Hochverratsprozesses lässt zwei Interpretationen zu: die Regierung lässt keine Gnade walten und das Gericht verurteilt die Angeklagten zu langen Haftstrafen oder die Regierung versucht, ihr Gesicht zu wahren und begnadigt die Verurteilten nach einer kurzen Frist im Rahmen des äthiopischen Millenniums.

Der Umgang mit dem Klimawandel wird in den nächsten Jahren zu einem wichtigen umweltpolitischen und entwicklungspolitischen Thema aufsteigen. Erste vorliegende Studien deuten auf stark negative Auswirkungen des einsetzenden Klimawandels für Äthiopien hin.

Die regionalpolitische Situation – der Grenzkonflikt mit Eritrea und der Konflikt in Somalia – wird sich wahrscheinlich weiterzuspitzen. Eine friedliche Lösung für die Grenzfrage ist kaum in Sicht; die Friedenskonferenz in Somalia muss bald realisiert werden, soll sie noch Einfluss auf die Situation in Mogadishu nehmen.

9. Zeittafel

EREIGNISSE SEIT JULI 2006

JULI 2006

Die Weltbank erlässt Äthiopien 3,2 Milliarden US-\$ Schulden.

AUGUST 2006

Überschwemmungen treffen das ganze Land. Mehrere hundert Menschen sterben. Mehrere tausend werden obdachlos.

SEPTEMBER 2006

Premierminister Meles Zenawi betont bei einer Sitzung der EPRDF die Wichtigkeit von Good governance und Demokratie für die Entwicklung des Landes.

Die Weltbank friert Kredite in Millionenhöhe aufgrund von Korruptionsfällen ein.

OKTOBER 2006

Bei religiösen Unruhen sterben in Jimma 14 Menschen.

NOVEMBER 2006

Der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Unruhen nach der Wahl 2005 wird mit mehrmonatiger Verspätung vorgestellt. Die Opposition lehnt den Bericht ab, da er keine Anzeichen von exzessiver Gewaltausübung durch die Sicherheitskräfte feststellt.

Nachdem die UIC (*Union of Islamic Courts*) weitere somalische Städte unter seine Kontrolle gebracht hat, schickt Äthiopien Militärberater um die schwache somalische TFG (Transitional Federal Government) zu unterstützen.

Ein US Gesetz, dass wirtschaftliche und militärische Hilfe an die Menschenrechtsslage in Äthiopien binden soll, wird nicht verabschiedet, da Äthiopien als Verbündeter im Kampf gegen die Islamisten Somalias gilt

DEZEMBER 2006

Ein Beschluss des äthiopischen Parlaments bereitet einen Krieg mit Somalia politisch vor.

Äthiopische Truppen stoßen am 24.12.2006 nach Mogadischu vor und erobern innerhalb weniger Tage große Teile Somalias inklusive der Hauptstadt.

JANUAR 2007

Premierminister Meles Zenawi erklärt, dass alle äthiopischen Ziele in Somalia erreicht sind und daher mit dem Truppenrückzug begonnen wird.

FEBRUAR 2007

Zusammenstöße zwischen Pastoralisten an der äthiopisch-kenianischen Grenze kosten 19 Menschen das Leben

MÄRZ 2007

Acht Äthiopier und 5 Europäer werden von der *Afar National Liberation Front* (ANLF) entführt und auf eritreisches Territorium verschleppt. Die Europäer werden nach zwei Wochen freigelassen. Die Äthiopier erst nach 52 Tagen.

Nachdem ein äthiopischer Helikopter abgeschossen wurde und Leichen toter Soldaten durch Mogadischu geschleift wurden, greifen äthiopische Panzer und Hubschrauber Stellungen der Auführer in Mogadischu an. Im Verlauf der Kämpfe fliehen mehr als 100.000 Menschen aus der Stadt.

APRIL 2007

Nach etlichen Verzögerungen wird formal Anklage gegen 55 oppositionelle Politiker wegen versuchten gewaltsamen Umsturzes der verfassungsmäßigen Ordnung erhoben. 25 Journalisten werden freigelassen.

Bei einer Attacke der *Ogaden National Liberation Front* (ONLF) auf das Lager einer Ölexplorationsfirma in der Somaliregion werden 65 Äthiopier und 9 Chinesen getötet. 7 Chinesen werden als Geiseln genommen und wenige Tage später wieder entlassen.

MAI 2007

Ein überarbeitetes Wahlgesetz wird vom Parlament verabschiedet. Danach dürfen ausländische Wahlbeobachter nur noch auf Einladung der Regierung ins Land; einheimische Organisationen bei Wahlaufklärung und -beobachtung eingeschränkt und Wahlumfragen verboten.

JUNI 2007

Unter noch unklaren Umständen werden 38 Oppositionspolitiker der Anklage des versuchten gewaltsamen Umsturzes der verfassungsmäßigen Ordnung für schuldig befunden, ohne dass sie sich verteidigen konnten. Ein Urteil wird für den 8.Juli 2007 erwartet.

Vergleichende Entwicklungsindices für Äthiopien

1. HDI (UNDP)

Land/Jahr	2000	2002	2003	2004	Trend
Äthiopien	0.349	170 0.359	170 0.367	170 0.371	Positiv
Kenia	0.504	148 0.488	154 0.474	152 0.491	Negativ
Südafrika	0.691	119 0.666	120 0.658	121 0.653	Negativ
Nigeria	0.433	151 0.466	158 0.453	159 0.448	Positiv
Ghana	0.555	131 0.568	138 0.520	136 0.532	Negativ
Uganda	0.474	146 0.493	144 0.508	145 0.502	Positiv
Senegal	0.439	157 0.437	157 0.458	156 0.460	Positiv
BRDeutschland	0.927	19 0.925	20 0.930	21 0.932	Positiv

2. CPI (Transparency International)

Land/Jahr	2000		2002		2004		2005		2006		Trend
	Rank (90)	Value	Rank (102)	Value	Rank (146)	Value	Rank (159)	Value	Rank (163)	Value	
Äthiopien	60	3.2	59	3.5	114	2.3	137	2.2	130	2.4	Negativ
Kenia	82	2.1	96	1.9	129	2.1	144	2.1	142	2.2	Gleichbleibend
Südafrika	34	5.0	36	4.8	46	4.6	46	4.5	51	4.6	Negativ
Nigeria	90	1.2	101	1.6	144	1.6	152	1.9	142	2.2	Positiv
Ghana	51	3.5	50	3.9	64	3.6	65	3.5	70	3.3	negativ
Uganda	80	2.3	93	2.1	102	2.6	78	3.2	105	2.7	Positiv
Senegal	52	3.5	66	3.1	85	3.0	117	2.5	70	3.3	negativ
BRDeutschland	34	5.0	18	7.3	15	8.2	16	8.2	16	8,0	Positiv